

FDP Hamburg

Wahlprüfstein 2019024

Absender / Institution: Hamburger Netzwerks SGB II

Themenschwerpunkt: Arbeit, Soziales

Fragen an Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020 im Rahmen der Kampagne „Hamburg traut sich was!“

1. Haben Sie vor, dafür zu sorgen, dass das Ermessen über die Geeignetheit und Verhältnismäßigkeit von Sanktionen künftig so genutzt wird, dass in Hamburg die Jobcenter keine Sanktionen verhängen?
2. Haben Sie vor, dafür zu sorgen, dass auch im AsylbLG keine Sanktionen mehr verhängt werden?
3. Haben Sie vor, die Erstausstattung für Wohnung und Bekleidung für Leistungsberechtigte nach SGB II, XII zu erhöhen? Der aktuelle Betrag ist nicht bedarfsdeckend und in Hamburg im Unterschied zu anderen Städten seit dem Jahr 2000 nicht erhöht worden.
4. Haben Sie vor, die Regelungen zur Kostensenkungsaufforderung bei den Kosten der Unterkunft im SGB II und XII so zu ändern, dass ein Moratorium eingeführt wird und keinerlei Kostensenkungsaufforderungen mehr ergehen?
5. Haben Sie vor, die Richtlinien zur Angemessenheit der Kosten der Unterkunft im SGB II und SGB XII so zu verändern, dass 1. eine tatsächliche Erhöhung stattfindet, 2. die Angebotsmieten die Basis für die Richtwerte sind und 3. die Ergebnisse des Mietenspiegels sofort berücksichtigt werden?
6. Es kommt regelhaft vor, dass bei strittigen Kündigungsverfahren (oder bei Trennung oder Tod von Partner*innen) die Kosten der Unterkunft nicht mehr durch das Jobcenter bewilligt werden. Das hat zur Folge, dass das Kündigungsverfahren für die Mieter*innen negativ ausgeht. Haben Sie vor, dafür zu sorgen, dass von den Jobcentern künftig keine fahrlässige Gefährdung der Unterkunft mehr ausgeht?
7. Haben Sie vor, dafür zu sorgen, dass künftig vom Jobcenter Zustimmungen zur Wohnungsanmietung innerhalb von 24 Stunden erfolgen müssen?
8. Haben Sie vor, dafür zu sorgen, dass künftig auf die Aufrechnung von Mietkautionen oder Genossenschaftsanteilen im laufenden Bezug von Leistungen nach SGB II und SGB XII verzichtet wird? Durch die Aufrechnung wird monatlich das Existenzminimum um 10% unterschritten - über Jahre hinweg.
9. Haben Sie vor, dafür zu sorgen, dass Anträge auf Leistungen des SGB II und SGB XII und AsylbLG künftig innerhalb von maximal 14 Tagen bewilligt werden und Geld gezahlt wird?
10. Haben Sie vor, dafür zu sorgen, dass das Jobcenter Hamburg künftig keine Hausbesuche mehr durchführt?
11. Haben Sie vor, Regelungen einzuführen, dass alle Menschen deren Einkommen auf Grundsicherungsniveau liegt den HVV gratis nutzen können oder das 2003 abgeschaffte Sozialticket für den HVV zum Preis von 15,50 € wieder einzuführen?
12. Haben Sie vor, in Hamburg eine unabhängige Ombudsstelle für das SGB II mit hauptamtlichen Beschäftigten zu finanzieren?
13. Haben Sie vor, dafür zu sorgen, dass Hartz IV überwunden wird, wie es die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer auf dem SPD-Parteitag in Berlin laut FAZ vom 7.12.2019 gesagt hat: «Wir wollen Hartz IV hinter uns lassen»?

Vielen Dank für Ihre Teilnahme.

Antworten:

1. Die Solidargemeinschaft der Arbeitnehmer verzichtet auf einen Teil ihres Lohns, um in Not geratenen Mitmenschen zu helfen, wieder auf die Beine zu kommen. Im Gegenzug ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die so Geförderten ihrerseits zumindest mitwirken. Wir bekennen uns zum Grundsatz des Förderns und Forderns. Die Möglichkeit des Jobcenters zur Verhängung von Sanktionen dient der Vermeidung von Leistungsmissbrauch und Mitwirkungsverweigerung.
2. Auch im AsylbLG wollen wir die Möglichkeit von Sanktionen aus entsprechenden Gründen beibehalten.
3. Wir wollen die Höhe der Erstausstattung für Wohnung und Bekleidung für Leistungsberechtigte nach SGB II und XII evaluieren und an die heutigen Hamburger Gegebenheiten anpassen.
4. Sämtliche Kostensenkungsaufforderungen müssen unter realen Begebenheiten auch tatsächlich umsetzbar sein. Sollte dies nicht der Fall sein, wollen wir dies entsprechend ändern. Einen vollständigen Verzicht auf Kostensenkungsaufforderungen halten wir gegenüber den Beitragszahlern für nicht verantwortbar.
5. Auch hier wollen wir die Angemessenheit überprüfen und gegebenenfalls so anpassen, dass das tatsächliche Mietniveau bei den Kosten der Unterkunft berücksichtigt wird.
6. Wir wollen jegliche Gefährdung der Unterkunft und somit drohende Obdachlosigkeit bereits im Vorwege präventiv verhindern. Hierzu wollen wir individuell helfen und mit den Betroffenen gemeinsam Lösungen entwickeln. Unnötige Härten sollen vermieden werden.
7. Zustimmungen zur Wohnungsanmietung vom Jobcenter innerhalb von 24 Stunden halten wir für unrealistisch - auch angesichts von Wochenenden, Feiertagen, Urlaubs- und Krankheitszeiten. Nichtsdestotrotz sollte eine Zustimmung durch das Jobcenter immer schnellstmöglich erfolgen.
8. Ja, einen Verzicht auf die Aufrechnung von Mietkautionen oder Genossenschaftsanteilen halten wir für sinnvoll.
9. Ja, bei Vorliegen aller Voraussetzungen sollten Anträge auf Leistungen des SGB II, SGB XII und AsylbLG schnellstmöglich erfolgen. Dementsprechend sollte ein Zielwert von 14 Tagen angestrebt werden.

10. Hausbesuche durch das Jobcenter sollten nur in begründeten Einzelfällen durchgeführt werden. Generelles Misstrauen gegenüber den Betroffenen halten wir für unangebracht.
11. Wir wollen für Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen wie Schüler, Studenten, Auszubildende, Freiwilligendienstleistende sowie für Ehrenamtliche vergünstigte HVV Karten einführen. Ansonsten wird der HVV bereits großzügig subventioniert. Diesen komplett kostenfrei zu Verfügung zu stellen, halten wir angesichts der Verschuldung Hamburgs für nicht verantwortbar.
12. Wir sehen aktuell keine Notwendigkeit für eine unabhängige Ombudsstelle für das SGB II mit hauptamtlichen Beschäftigten. Es ist unklar, in welchen Fällen eine solche unabhängige Ombudsstelle sinnvoll sein könnte.
13. Wir bekennen uns zu den großen Erfolgen, die seit der Einführung von Hartz IV erreicht werden konnten. Nichtsdestotrotz sehen wir seit vielen Jahren weiteren Reformbedarf am aktuellen System. Hierzu haben wir bereits mit unserem Konzept des Liberalen Bürgergelds eine vollumfänglich durchgerechnete Alternative vorgelegt, mit der wir das aktuelle Leistungsbezugssystem ersetzen und weiterentwickeln wollen. Unser liberales Bürgergeld bündelt alle Transferleistungen und verrechnet diese direkt mit eventuellen Steuerzahlungen. Das führt zu einer enormen Vereinfachung unseres heute hoch komplexen Sozialsystems, was nur für die Wenigsten verständlich ist. Das liberale Bürgergeld macht unser Sozialsystem deutlich transparenter, gerechter und effizienter. Das führt zu großen Einsparungen in der Verwaltungsbürokratie. Weniger Bedingungen sowie einfache, klare und fair gestaltete Regelungen erhöhen die Akzeptanz in der Bevölkerung. Zusätzlich sorgt das liberale Bürgergeld mit höheren Zuverdienstmöglichkeiten dafür, dass sich Arbeiten wieder mehr lohnt.

Mehr zu unserem Konzept des Liberalen Bürgergelds finden Sie hier:

<https://www.liberale.de/content/hartz-iv-zum-modernen-buergergeld-ausbauen>

<https://www.fdp.de/mit-dem-liberalen-buergergeld>

<https://www.liberale.de/content/liberales-buergergeld-fdp-legt-reformkonzept-vor>